



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Bundesamt für Verkehr

Reform RPV

21.11.2018

Pierre-André Meyrat



Entwicklung der Regionalverkehrsbestellung



- Bis 1996: Defizitdeckung (SBB und PostAuto anders als übrige TU)
- Ab 1996: Spartenbildung, Besteller-Ersteller-Prinzip im RPV
- «Aufrüstung» der Kantone / Informelle Kompetenzverschiebung
- Deutlicher Angebotsausbau im Regional- und Ortsverkehr



Ausgangslage



Motion 13.3663 der KVF-S:

Finanzierung langfristig sicherstellen

Angebot besser auf die beschlossenen Infrastrukturausbauten abstimmen

Bestellverfahren harmonisieren und vereinfachen



Rückblick: Entscheid Bundesrat Juni 2016



Auftrag an UVEK:

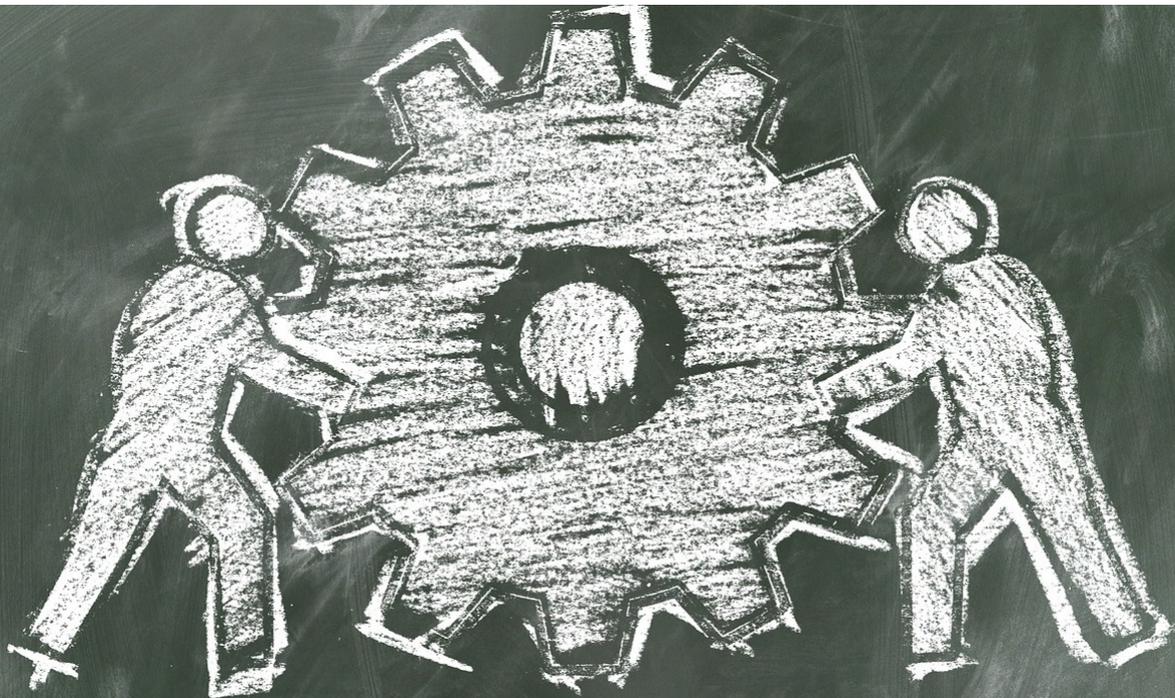
Vernehmlassungsvorlage mit Kantonen und TU erarbeiten.

Kernpunkte:

- Kompetenzen zwischen Bund und Kantonen möglichst sinnvoll aufteilen
- Anreize für unternehmerisches Handeln und Effizienzsteigerungen schaffen



Gemeinsames Projekt Bund – Kantone: Eine Herausforderung





Was sind die Ziele der RPV-Reform?

Ziele

Finanzierung verlässlicher, Planbarkeit erhöht

Gesamtsicht gestärkt

Kompetenzen zweckmässig aufgeteilt

Anreize erhöht

Bestellverfahren vereinfacht, harmonisiert

(Einfache Umsetzung möglich)



Zwei Varianten vertieft

Ziele	Variante Optimierung	Variante Teilentflechtung
Finanzierung verlässlicher, Planbarkeit erhöht	Zielvereinbarung	Zielvereinbarung; indexierte Bus-Pauschale
Gesamtsicht gestärkt	Zielvereinbarung	Zielvereinbarung; Schnittstelle RPV-OV entfällt
Kompetenzen zweckmässig aufgeteilt	-	Kantone Bus ; Bund setzt Mindestanforderungen Bus
Anreize erhöht	CH-weites Benchmarking; Bonus-Malus; Gewinnverwendung leicht gelockert; Innovationsförderung	CH-weites Benchmarking; Bonus-Malus; Gewinnverwendung leicht gelockert; Innovationsförderung
Bestellverfahren vereinfacht, harmonisiert	Gemeinsame EDV-Lösung; bessere Koordination	Gemeinsame EDV-Lösung; bessere Koordination
<i>(Einfache Umsetzung)</i>	Überschaubare Anpassungen	Signifikante Anpassungen



Nur 25% der Regionalbuslinien überqueren Kantonsgrenzen





Wieviel Bundes-Mitwirkung in der Variante Teilentflechtung beim Bus- und Ortsverkehr?

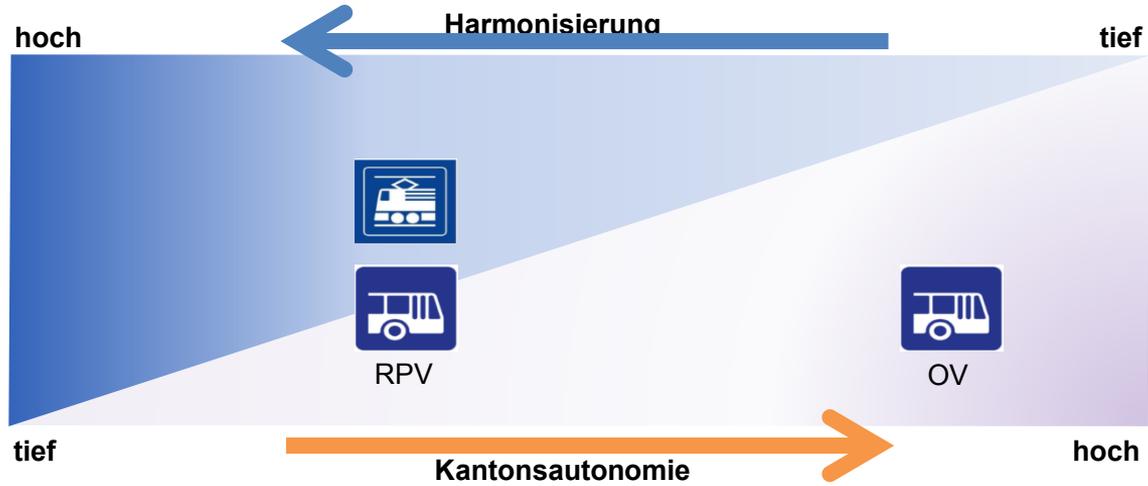


Grundsatz: Nur soviel Bundesregelung/-Mitwirkung wie nötig:

- d.h. Aufsichtsrechtliche und minimale Vorgaben für die Kohärenz des Gesamtsystems
- Aber keine Angebotsvorgaben, koordinierende Aufgaben, Leitfäden etc.

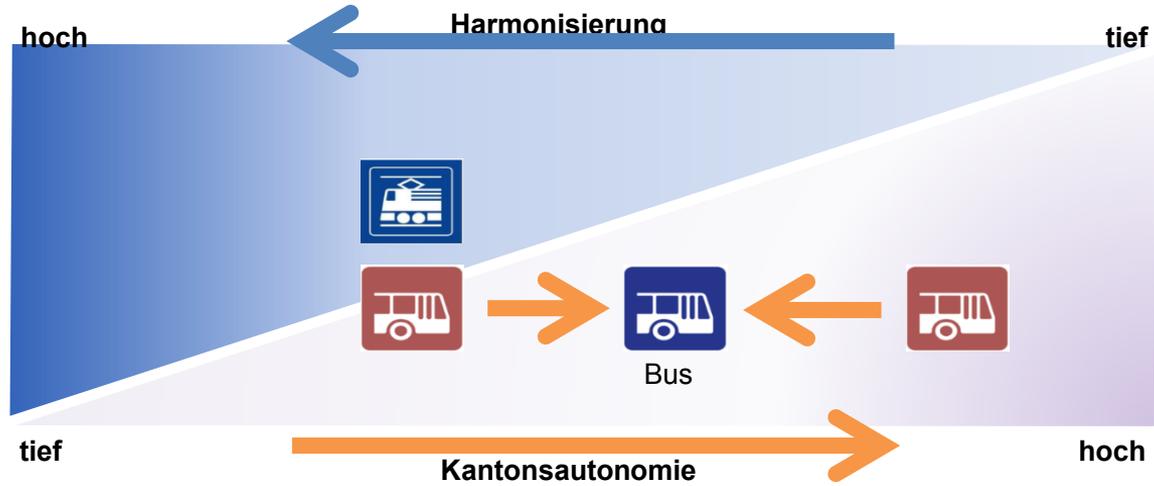


Variante Optimierung





Variante Teilentflechtung



Vernehmlassung mit zwei Varianten

1. KöV hat an der öV-Konferenz Bund-Kantone vom Mai 2018 eine Vernehmlassungen mit beiden Varianten gewünscht
2. Diesem Wunsch wird entsprochen, obwohl dies unüblich ist
3. Bundesrat wird sich dabei positionieren





Einfluss des Falls Postauto – auf Inhalt und Entscheidungsfeld

Beeinflusste Fragenbereiche:

- Kompetenz-Aufteilung
- Anreize für Transportunternehmen

- ➔ Gesteigerte Erwartungen an die RPV-Reform
- ➔ wenn wir aus Fachsicht «nichts» liefern, droht «politisches Zeichen»



Wo stehen wir im Moment?

 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK
Bundesamt für Verkehr BAV

Reform des Regionalen Personenverkehrs (RPV): Synthesebericht

Ein gemeinsames Projekt des Bundes und der Kantone

Version 1.0 vom 2. Juli 2018 – verabschiedet von der Projektsteuerung (PS)



- Projektarbeiten der Arbeitsgruppen sind abgeschlossen
- Juli 2018: Projekt-Entscheid, die Vernehmlassung mit beiden Varianten zu starten und auch Lehren aus Fall PostAuto einzubeziehen
- Juli bis November 2018: Erarbeitung Entwurf Vernehmlassungsvorlage



Weiteres Vorgehen

- Dezember 2018: Beratung des Vernehmlassungsentwurfes in den Projektgremien
- Ende März / Anfang April 2019: Eröffnung der 3-monatigen Vernehmlassung durch den Bundesrat
- Dezember 2019: Stossrichtungsentscheid durch Bundesrat in Kenntnis Vernehmlassungsergebnisse
- Sommer 2020: Botschaft des Bundesrates ans Parlament